

Bauwende-Bündnis

21. März 2019

Graue Energie soll ins GEG

Berlin. Die Umweltbelastungen, die bei Herstellung, Transport, Verarbeitung und Entsorgung von Baumaterialien entstehen, sollen im künftigen Gebäudeenergiegesetz (GEG) berücksichtigt werden. Ansonsten blieben große Potenziale für den Klimaschutz unberücksichtigt. Dies fordert das Bauwende-Bündnis, ein Zusammenschluss von verschiedenen Akteuren, die sich mit nachhaltigem und klimaschützendem Bauen befassen.

Graue Energie und Graue Emissionen stecken in Baustoffen und bezeichnen den Energieverbrauch und die Emissionen von Treibhausgasen, die bei deren Herstellung, Transport, Verarbeitung und Entsorgung entstehen. Der aktuelle Referentenentwurf zum GEG regelt lediglich die Anforderungen an den Energiebedarf in der Nutzungsphase, nicht aber den Aufwand für die Herstellung des Gebäudes selbst. „Bei gut gedämmten Neubauten nach dem Standard Effizienzhaus 55 und besser bleibt damit die Hälfte der Umweltwirkungen gänzlich unberücksichtigt, betrachtet man einen Zeitraum von 50 Jahren“, sagt Dr. Uli Wischnath, Koordinator des Bauwende-Bündnisses. Die Initiative, die er zusammen mit dem Umweltlabel natureplus gegründet hat, fordert deshalb als ersten Schritt, ab dem 1. Januar 2021 die Pflicht zu einer vergleichenden Ökobilanz in das Gesetz aufzunehmen.

GEG: Chance für mehr Klimaschutz im Baubereich

Der Hochbau ist für sechs Prozent des globalen Energieverbrauchs und elf Prozent der Treibhausgasemissionen verantwortlich. Mit dem GEG bietet sich die Gelegenheit, diese Umweltwirkungen mittelfristig deutlich zu reduzieren. „Das Gebäudeenergiegesetz als zentrales Instrument zur Regelung des Energieverbrauchs und der Klimawirkungen von Gebäuden sollte neben der Nutzungsphase auch die Herstellungsphase adressieren.“

Kontakt Bauwende-Bündnis: Dr. Uli F Wischnath
Bauwende e.V., Artilleriestr. 6a, 28237 Verden
[T] +49 (0)30 54908998, wischnath@bauwende.de

Andernfalls droht ein schlecht koordiniertes Nebeneinander verschiedener Regelungen ähnlich dem Zustand, der durch die geplante Zusammenlegung mehrerer Gesetze im GEG eigentlich behoben werden soll“, betont Wischnath. Vor dem Hintergrund, dass in Deutschland in den nächsten fünf Jahren 1,5 Millionen Wohnungen gebaut werden sollen, sei jetzt die Gelegenheit günstig, einen relevanten Schritt zu einer nachhaltigeren Bauwirtschaft zu machen. Die Betrachtung des kompletten Lebenszyklus des Gebäudes in Form einer Ökobilanz mache weitere Klimaschutzpotentiale zugänglich. Auf diese Weise werde eine am Klimaschutz orientierte Wahl von Baumaterialien und Bauweisen ermöglicht und befördert, heißt es in der Stellungnahme, die am 21. März 2019 an die zuständigen Ministerien ging.

Das Bauwende-Bündnis

Die Stellungnahme wird getragen von (in alphabetischer Reihenfolge): B.A.U. (Bund Architektur & Umwelt e.V.), BAUWENDE e.V., BUND (Bund für Umwelt & Naturschutz Deutschland e.V.), Institut für Baubiologie + Nachhaltigkeit IBN, natureplus e.V. (Internationaler Verein für zukunftsfähiges Bauen und Wohnen), Ökozentrum NRW GmbH, VB (Verband Baubiologie e.V.) und VDB (Berufsverband Deutscher Baubiologen e.V.). Sie ist veröffentlicht auf www.bauwende.de/bauwende-buendnis.

Unterstützer der Stellungnahme

Die Stellungnahme wird von Verbänden, denen sie vorab zur Kenntnis gekommen ist, unterstützt (in alphabetischer Reihenfolge): FASBA (Fachverband Strohballenbau Deutschland) Ökoplus (Fachhandelsverbund für Ökologisches Bauen und Wohnen), unternehmensgrün (Bundesverband der grünen Wirtschaft) und vdnr. (Verband Dämmstoffe aus nachwachsenden Rohstoffen e.V.).